



Grüne Jugend Bayern

Landesgeschäftsstelle
Sendlinger Straße 47
80331 München
fon: 089- 211597- 20
fax: 089- 211597- 24
www.gj- bayern.de
vorstand@gj- bayern.de
buero@gj- bayern.de

Agenda 2020: Arbeitslosigkeit bekämpfen, Sozialsysteme nachhaltig und sozial gerecht reformieren

In der von Kanzler Gerhard Schröder vorgetragenen Agenda 2010 wird den deutschen BürgerInnen Mut zur Veränderung abverlangt. Deutschland brauche Reformen, um nicht von den ungezügelten Kräften des Marktes modernisiert zu werden, so Schröder. Die Agenda 2010 ist für die GRÜNE JUGEND (GJ) Bayern im Hinblick auf Sozialzuschüsse und den Umgang mit Arbeitslosen ein fantasieloser und unausgewogener Kürzungskatalog, der trotz teilweise richtiger Ansätze dauerhaft höchstens Teil eines zukunftsfähigen Konzepts, niemals aber dieses selbst sein kann. Grundlegende Reformen sind dennoch angesichts von Massenarbeitslosigkeit, drohender Rezession, hoher Staatsverschuldung und der demografischen Entwicklung unbedingt erforderlich.

Der Sozialstaat muss sich den veränderten Lebensverhältnissen anpassen: Die klassische, zumeist männliche Erwerbsbiographie löst sich zunehmend auf. Anstelle eines Lebens, in dem 40 Jahre lang, 40 Stunden die Woche gearbeitet wird, tritt die gebrochene Erwerbsbiografie. Das Familienernährermodell (der Mann als Alleinverdiener) entspricht nicht mehr den Realitäten, die Zahl von erwerbstätigen und gut ausgebildeten Frauen nimmt ständig zu.

Die Agenda 2010 wird diese Probleme und gesellschaftlichen Umbrüche kaum bewältigen. Wir brauchen einen radikalen Umbau des Sozialstaates, geleitet von sozialer Gerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Teilhabegerechtigkeit.

Arbeitslosigkeit – die zentrale Herausforderung

Für die GJ Bayern ist die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit oberstes Ziel der aktuellen Reformpolitik, grenzt sie doch Millionen von Menschen vom wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben aus und gefährdet den sozialen Frieden.

Insbesondere im Osten Deutschlands wird die Agenda 2010 kaum wirken. Denn Arbeitslosigkeit ist hier kein Problem, das allein mit einer besseren Vermittlung von Arbeitslosen in offene Stellen oder der Vergrößerung des Leidensdrucks von Arbeitslosen zu lösen ist. Vielmehr muss die soziale Verantwortung der Unternehmen wieder in das Bewusstsein der ArbeitgeberInnen gelangen.

Darüber hinaus wenden wir uns entschieden gegen eine weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen. Bereits heute müssen Arbeitslose mit empfindlichen finanziellen Einbußen rechnen, wenn sie ein als „zumutbar“ definiertes Angebot nicht annehmen. In der Agenda 2010 ist jetzt eine weitere Zumutung fixiert. Es ist unter der Würde eines Menschen, wenn er indirekt zu einer Arbeit gezwungen wird, die weit unter seiner Qualifikation liegt bzw.

seiner Begabung und seinem Interesse zuwiderläuft. Neben der großen Ungerechtigkeit solcher „Reformen“ muss auch bezweifelt werden, ob die Wirtschaft von einem Angestellten profitiert, der einen für ihn nicht akzeptablen Beruf ausübt.

Grüne Energiepolitik hat in der Arbeitsmarktpolitik auch schon Erfolge zu verzeichnen, da im Bereich der erneuerbaren Energien ein großer, wachsender Markt liegt, der viele Arbeitsplätze bietet. Daher ist das EEG nicht nur ein energiepolitisches Spitzengesetz, auch arbeitsmarktpolitisch verspricht es große Erfolge.

Die Jugend braucht eine berufliche Perspektive

Jedes Jahr aufs Neue finden in Deutschland tausende von jugendlichen SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz und sitzen quasi auf der Straße. Ohne eine berufliche Ausbildung ist der Einstieg in das Erwerbsleben aber nahezu unmöglich. Viele Jugendliche werden ins gesellschaftliche Abseits gedrängt. Die Wirtschaft in Deutschland steht in der Verantwortung allen ausbildungswilligen Jugendlichen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz zu geben.

Da die Unternehmen momentan nachweisbar dieser Verantwortung freiwillig nicht gerecht werden, ist es Aufgabe der Politik Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb begrüßt die GJ Bayern das verabschiedete Gesetz zur Ausbildungsplatzumlage, das nur eintreten wird, falls die Wirtschaft im Herbst 2004 nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Die GJ Bayern ist sich zwar auch der Nachteile dieses Gesetzes bewusst, sieht aber keine andere Möglichkeit den Ausbildungsplatzmangel zu bekämpfen, wenn die Wirtschaft ihrer Verantwortung nicht gerecht wird.

Bildung ist unsere Hauptressource

Die Bildungspolitik ist in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland einer der wichtigsten Bereiche von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sicherlich ist Bildung weitaus mehr als bloßes „Fitmachen“ für den Arbeitsmarkt. Doch auch die richtige Vorbereitung auf die Berufswelt gehört zu den zentralen Aufgaben der Bildungsinstitutionen. Gute Ausbildung verbessert nicht nur die Chancen des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft.

Gleichzeitig entscheidet die Bildungspolitik aber auch über eine gerechte Chancenverteilung. Diese ist momentan in Deutschland nicht gewährleistet, nirgendwo sind die Bildungschancen so sehr von der sozialen Herkunft abhängig wie bei uns. Die Gründe dafür sind bekannt: Schon im Kindergarten wird die Chance vergeben, Kinder aus bildungsfernen Schichten zu fördern; die allzu frühe Auslese nach der vierten Klasse führt diese oft über den einfachen Hauptschulabschluss ohne „Quali“ in die Sackgasse. Es kann nicht Aufgabe von Sozialpolitik sein, jungen Menschen Bildungschancen zu nehmen und ihnen auf diese Weise die Zukunft zu verbauen. Es kann aber auch nicht im Interesse von Wirtschaftspolitik liegen, die Selbstrekrutierungstendenzen des Bildungsbürgertums zu fördern.

Aus beiden Gründen – Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit – halten wir an unserer Forderung nach einem radikalen Systemwechsel und der Einführung einer ganztägigen integrierten Gesamtschule als Regelschule fest. Im Zuge dieses Systemwechsels muss die Aus- und Weiterbildung der LehrerInnen komplett reformiert und die Fähigkeit zur individuellen Förderung der SchülerInnen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Weiterhin halten wir es für sinnvoll, dass die Hochschulen ihren Studierenden verstärkt auch praxisorientierte Angebote machen und arbeitsmarktrelevante Kompetenzen wie EDV-, Präsentations- und Fremdsprachenkenntnisse vermitteln. Von zentraler Bedeutung ist daneben die Aufwertung des primären Bereiches und die frühkindliche Förderung schon im Kindergarten.

Deutschland gibt für Bildung und Forschung, am Bruttoinlandsprodukt gemessen, deutlich weniger aus als viele andere OECD-Nationen. Deshalb müssen nicht nur Stellenwert und Bedeutung der Bildungspolitik, sondern auch die Ausgaben für Schulen und Hochschulen steigen. Konkret fordern wir die Einrichtung eines Bildungsfonds aus den Mitteln, die durch die Neubewertung der Goldreserven der Bundesbank frei werden.

Schwarzarbeit bekämpfen, reguläre Arbeitsplätze schaffen

Während die Wirtschaft gemessen am BIP nahezu stagniert, weist die Schwarzarbeit nach Schätzungen zweistellige Zuwachsraten aus. Die in der Agenda 2010 angestrebte Reform der Handwerksordnung mit der Abschaffung des Meisterzwanges geht in die richtige Richtung.

Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik muss es sein, die ohne jede Absicherung in der Schwarzarbeit Beschäftigten in sozialversicherungspflichtige Jobs zu überführen. Auch aus diesem Grund ist die Senkung der Lohnnebenkosten sinnvoll. Die GJ Bayern begrüßt daher das von rot-grün beschlossene neue Schwarzarbeitsgesetz.

Auch wirtschaftliches Wachstum durch ökologische Modernisierung kann einen Beitrag zu mehr Arbeitsplätzen sein. Es gilt von staatlicher Seite Investitionen zu tätigen bzw. durch Kreditfinanzierung auszulösen, die gleichzeitig ökologisch vorteilhaft und personalintensiv sind. Die Finanzierung solcher Maßnahmen kann über Umschichtungen in den staatlichen Haushalten erfolgen: rückwärtsgewandte Subventionen für Kohlebergbau, Transrapid etc. sind einzustellen. Außerdem setzen wir uns für eine aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung ein.

Arbeit gerechter verteilen

Wirtschaftliches Wachstum allein wird in Zukunft kaum ausreichen, um Vollbeschäftigung zu erzielen. Die anfallende Arbeit muss vielmehr gerechter verteilt werden. Hier kann der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion übernehmen. Statt über Lohnerhöhungen oder Entlassungen zu diskutieren, halten wir Arbeitszeitverkürzungen für ein sinnvolles Modell bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Viele Unternehmen schaffen keine neuen Arbeitsplätze mehr, sondern lassen die Beschäftigten Überstunden ansammeln, die dann letztendlich mit finanziellen Zuwendungen vergütet werden. Damit neue Leute eingestellt werden, brauchen wir gesetzliche Regelungen, um die Anzahl von Überstunden zu begrenzen, z.B. durch einen verbindlichen Freizeitausgleich. So behalten Unternehmen die nötige Flexibilität auf eine veränderte Auftragslage zu reagieren und neue Arbeitsplätze entstehen.

Auch Teilzeitarbeit, insbesondere Elternteilzeit, muss verstärkt gefördert werden. Das von rot-grün beschlossene Recht auf Teilzeitarbeit ist ein erster richtiger Schritt. Weiterhin denkbar sind Steuervorteile für ArbeitnehmerInnen, die Teilzeit arbeiten, und Unternehmen, die überdurchschnittliche viele Teilzeitkräfte beschäftigen. Insbesondere Teilzeitmodelle in Führungsetagen sind zu fördern. Auch Männern muss die Idee der Teilzeitarbeit näher gebracht werden.

Für einen ehrlichen 2. Arbeitsmarkt

Jugendeinrichtungen, Umweltverbände und Behindertenwerkstätten leisten

ihre für die Gesellschaft äußerst wichtige und notwendige Arbeit zu einem hohen Anteil mit von der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Maßnahmen (ABM, SAM etc.). Im Zuge radikaler Sparmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) drohen diese Maßnahmen in Zukunft nicht mehr ausreichend gefördert zu werden. Es sollte unser Anspruch sein, diejenigen die momentan trotz aller Bemühungen keine Chance auf Beschäftigung im 1. Arbeitsmarkt haben in den 2. Arbeitsmarkt zu integrieren.

Parallel dazu muss die Arbeit der gemeinnützigen Verbände und Pflege- und Fördereinrichtungen stärker honoriert und mit Steuermitteln unterstützt werden, so dass in diesem Bereich mehr eigenständige, voll sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsplätze entstehen.

Zwangsdienste abschaffen - neue Arbeitsplätze schaffen

Die Wehrpflicht ist nicht nur auf Grund einer veränderten weltpolitischen Situation ein Relikt des 20. Jahrhunderts. Darüber hinaus ist es bei über sieben Millionen Erwerbssuchenden absurd, junge Männer, die sonst eine Ausbildung oder ein Studium beginnen würden, zum Wehrdienst/ Zivildienst zu verpflichten.

Insbesondere die Zivildienstleistenden werden entgegen den gesetzlichen Bestimmungen in vielen Fällen anstelle regulärer ArbeitnehmerInnen eingesetzt. Damit wird der Sozialstaat durch die Zwangsverpflichtung junger Männer subventioniert. Wir fordern, dass die Arbeit, die bisher von Zivildienstleistenden übernommen wurde, schrittweise in reguläre Arbeitsplätze überführt wird.

Reform der sozialen Sicherungssysteme:

Wirtschaftlichkeitsreserven nutzen, Einnahmebasis vergrößern

Die Reform der sozialen Sicherungssysteme mit dem Ziel einer Senkung der Lohnnebenkosten ist als Schritt zur Senkung der Arbeitslosigkeit dringend erforderlich. Die Vorschläge der Agenda 2010 beschränken sich allerdings auf Kürzungen und die einseitige Verlagerung von Risiken und Lasten auf die ArbeitnehmerInnen. Der deutsche Sozialstaat ist eine hart erkämpfte Errungenschaft, die wir nicht aufgeben wollen. Krankheit, Erwerbslosigkeit oder Alter sind Risiken, die gemeinschaftlich abgesichert werden müssen.

Reformen sind aus zweierlei Gründen nötig: Die starre Koppelung an den Faktor Arbeit bei der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme verschuldet die hohe Arbeitslosigkeit mit und hat sich deshalb überlebt. Hier muss endlich realisiert werden, dass ein immer kleinerer Teil des BIP durch reine Lohnarbeit erbracht wird. Doch auch die Zielrichtung und Qualität sozialstaatlicher Leistungen müssen überprüft werden und sich den veränderten Lebensumständen anpassen.

Bei allen Reformen müssen wir darauf achten, dass die ArbeitnehmerInnen nicht einseitig zu Gunsten der ArbeitgeberInnen belastet werden. Vorschläge für eine weitere Aufweichung der Parität oder die ständige Ausweitung von Zuzahlungen oder privat zu versichernden Risiken lehnen wir ab.

„Schlüsselprojekt“ Grundsicherung

In Anlehnung an das grüne Grundsatzprogramm fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung. Wir betonen, dass die Grundsicherung ein Recht und kein Almosen ist und wollen so eine Bewusstseinsveränderung in der Gesellschaft bewirken, die wiederum der im-

mer wieder aufflammenden Diskussion um die Kürzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ein Ende setzt. Die Grundsicherung soll nicht nur lebensnotwendige Ausgaben abdecken, sondern auch garantieren, dass ihre EmpfängerInnen am kulturellen, politischen und sozialen Leben teilhaben können. Ihre Höhe muss jedes Jahr neu bemessen werden. Grundlage dafür dürfen keineswegs die derzeitige Höhe der Arbeitslosigkeit oder politische Interessen sein, sondern die steigenden Lebenshaltungskosten. Insgesamt soll die Grundsicherung über der heutigen Sozialhilfe liegen. Um ihre genaue Höhe zu ermitteln, muss auch sichergestellt werden, dass ein Großteil der heutigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe nicht schlechter gestellt wird als bislang. Mit einzubeziehen sind auch regionale Unterschiede. Behinderte und Ältere Menschen erhalten einen erhöhten Betrag.

Die Sozialhilfe ist – wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Vergangenheit zu Recht festgestellt haben – nicht immer armutsfest; gerade für allein erziehende Frauen und ihre Kinder reicht sie oft nicht aus. Deutschland mit einem der höchsten Bruttoinlandsprodukte weltweit, muss seinen Sozialstaat so organisieren, dass niemand in Armut leben muss. Wir fordern daher, dass das neue ALG II, bzw. die Grundsicherung deutlich über dem bisherigen Sozialhilfeniveau liegen muss. Wichtig sind auch die genauen Ausgestaltungen:

Wir fordern, dass Vermögen und Wohneigentum, das der Altersvorsorge dient, beim ALG II unberücksichtigt bleiben. Eine eigenständige Absicherung von Männern und Frauen ist dringend nötig. Daher lehnen wir die Anrechnung des PartnerInnen Einkommens ab. Da Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft noch immer überproportional von Armut betroffen sind, ist eine Kindergrundsicherung notwendig.

Wir begrüßen, dass auch die erwerbslosen SozialhilfeempfängerInnen Zugang zu den qualifizierenden Angeboten der Bundesanstalt für Arbeit (BA) erhalten sollen. Dabei halten wir eine wie von der Hartz-Kommission vorgeschlagene Differenzierung zwischen erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen SozialhilfeempfängerInnen für falsch. Zu den Vermittlungs- und Weiterbildungsangeboten der BA müssen stattdessen alle Erwerbslosen, die nicht aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, Zugang erhalten. Bei der Arbeitssuche sollen Engagement, Existenzgründung, Aus- und Weiterbildung, Familienarbeit, Pflege und Ehrenamt berücksichtigt werden.

Wir wollen eine Kooperation der BA und der Kommunen in den Job-Centern, die auf gleicher Augenhöhe erfolgen muss. Es gilt aktivierende Maßnahmen (Weiterbildung oder Beschäftigung) gegenüber passiven Leistungen zu bevorzugen. Die neue Grundsicherung, bzw. das ALG II sollte deutlich zur Entlastung der Kommunen beitragen und daher zum weitaus größten Teil vom Bund finanziert werden. Die Grundsicherung sollte steuerfinanziert sein. So werden der Faktor Arbeit, ebenso wie die Kommunen entlastet.

Gesundheitsversorgung ist eine solidarische Aufgabe

Es ist die Aufgabe unserer Gesellschaft allen in Deutschland lebenden Menschen eine umfassende Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Diese gesellschaftliche Aufgabe muss solidarisch finanziert werden. Alle Gruppen (ArbeitnehmerInnen, FreiberuflerInnen, BeamteInnen, PolitikerInnen etc.) müssen sich gemessen an ihrem Einkommen an der Finanzierung beteiligen. Statt wie bisher nur Arbeitseinkommen zu belasten, sollen in Zukunft auch Kapitaleinkünfte beitragspflichtig werden. Dadurch Versprechen eine deutliche Senkung der Beitragssätze und somit einen Rückgang der Lohnnebenkosten.

In den jetzigen privaten Krankenversicherungen entziehen sich gerade Bes-

serverdienende der solidarischen Finanzierung. Die Versicherungspflichtgrenze muss abgeschafft werden. Außerdem fordern wir eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrundlage auf das Rentenniveau. So werden die verkrusteten Strukturen aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung aufgebrochen und eine BürgerInnenversicherung geschaffen. Versicherungsfremde Leistungen, wie das Sterbegeld, sollen aus der Versicherung ausgegliedert und künftig steuerfinanziert werden.

Insbesondere bei der Gesundheitsversorgung bietet sich die Möglichkeit innerhalb des Systems Geld einzusparen – ohne bei der Leistung Abstriche machen zu müssen. Denn im Vergleich mit anderen europäischen Ländern leistet sich Deutschland ein Gesundheitssystem mit enorm hohem Kostenniveau. Hier gilt es Effizienzreserven zu nutzen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, durch staatliche Maßnahmen die oligarchischen Strukturen auf dem Pharmaziemarkt aufzubrechen. Es soll ein stärkerer Wettbewerb unter den Pharmakonzernen herrschen, der sich auf die verschriebenen Wirkstoffe bezieht und nicht auf teure Markenprodukte. Dabei müssen auch die Patentzeiten für pharmazeutische Produkte gekürzt werden. Bei der Apothekenordnung muss ein Mehrbesitz von Apotheken erlaubt sein, sowie der Versandhandel für Medikamente. Gleichzeitig erhoffen wir uns durch die Erstellung von Positivlisten und die Verschreibung von Wirkstoffen anstatt Produkten enorme Einsparungen im Gesundheitssektor. Die starke Budgetierung von Verschreibungen je Arzt wird durch eine kosteneffiziente Wirkstoffverschreibung nichtig werden.

Außerdem fordern wir ein neues Entlohnungssystem für PraxisärztInnen, das sich nicht mehr an medizinischen Eingriffen, sondern am Zeitaufwand orientiert, ebenso wie vorgeschriebene unabhängige Fortbildungsseminare für ÄrztInnen. Darüber hinaus bedarf es einer unabhängigen Überprüfung der Aufgaben der Kassenärztlichen Vereinigung und der Ärztekammer. Um die Neutralität der Ärzte und ihren vollen Einsatz für die Patienten zu gewährleisten, treten wir dafür ein, dass finanzielle Zuwendungen und „Fortbildungskurse“ von Pharmaunternehmen verboten werden.

Der Staat muss im Bereich der Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser regulieren. Die angehende Privatisierung im Gesundheitsbereich ist zu stoppen, denn dabei werden Sozialbeiträge für hohe Kosten im Management- und Werbebereich der Unternehmen verschwendet. Wir fordern die Stärkung der PatientenInnenrechte. Vor allem chronisch Kranke müssen besser in das Versorgungsgeschehen eingebunden werden und kostenintensive Behandlungen können bei ihnen später anfallende Pflegeleistungen überflüssig machen „Vorbeugen ist besser als heilen“ – wir wollen die Prävention als vierte Säule im Gesundheitswesen verankern – neben Rehabilitation, Pflege und Heilbehandlung.

Der Einsatz von Cannabis als Medikament muss in Deutschland endlich Realität werden. Ebenso verlangen wir die Gleichberechtigung homopatischer und naturheilkundlicher Mittel. Der Tendenz zu Bewegungsarmut muss durch einen flächendeckendes Angebot an attraktiven Sportmöglichkeiten entgegenwirkt werden.

Absicherung im Alter

Auf keinem anderen der Sozialversicherungssysteme lastet ein derartiger Veränderungsdruck wie auf der Rentenversicherung. Die vielfach angeführte demografische Entwicklung führt dazu, dass 2030 auf je einen ArbeitnehmerIn eineN RentnerIn fällt – heute müssen zwei ArbeitnehmerInnen für einen RentnerIn aufkommen. Diese Entwicklung führt zu einem ständigen Anwachs-

sen der Rentenversicherungsbeiträge. Verstärkt wird diese Problematik durch die Massenarbeitslosigkeit, die auch die Rentenversicherung belastet, sowie die Entscheidung der Kohl-Regierung einen Großteil der Lasten der deutschen Einheit über die Rentenkasse zu finanzieren.

Es ist dringend eine Reform nötig, um das nachhaltige Fortbestehen der gesetzlichen Rentenversicherung zu gewährleisten. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt erfordert es dabei, dass trotz der schwierigen Umstände die Rentenbeiträge möglichst stabil gehalten werden. Einfache Forderungen nach pauschalen Rentenkürzungen etc. greifen jedoch zu kurz, weil diese besonders die RentnerInnen mit kleinem und mittlerem Transfereinkommen belasten. Aktuell das gesetzliche Renteneintrittsalter zu erhöhen, lehnen wir angesichts von sieben Millionen Erwerbssuchenden und hoher Altersarbeitslosigkeit ab. Ziel muss es aber sein, das reale Renteneintrittsalter zu erhöhen.

Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) soll weiterhin das Fundament der Altersvorsorge bilden. Sie muss zu einer BürgerInnenversicherung umgestaltet werden, zu der alle Einkommensgruppen und -arten beitragspflichtig sind. Damit aus höheren Einzahlungen nicht im gleichen Verhältnis erhöhte Ansprüche entstehen ist eine Abschaffung bzw. eine Neudefinition der (verfassungsrechtlich fraglich) Beitragsäquivalenz erforderlich: Höhere Rentenansprüche sind degressiv zu reduzieren. Außerdem muss die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden, da sie gerade die BezieherInnen höherer Einkommen entlastet. Langfristig ist eine stärkere Steuerfinanzierung erstrebenswert. Wir kritisieren, dass die rot-grüne Bundesregierung den erfolgreichen Weg mit der Ökosteuer Energieverbrauch zu belasten und Arbeit zu entlasten (bislang) nicht fortgesetzt hat.

Die GRV baut auf dem klassischen Leitbild des männlichen Arbeitnehmers auf, der das ganze Erwerbsleben in Beschäftigung verbringt und eine Versorgerrolle führt. Hier gilt es, die Position des/ der nicht-erwerbstätigen LebenspartnerIn zu stärken. Die erworbenen Rentenansprüche sollen auf beide LebenspartnerInnen aufgeteilt werden.

Familienpolitik ist Wachstumspolitik

Die Familienförderung in der Bundesrepublik bedarf dringend einer Neuorientierung, nicht zuletzt auch weil die auf eine wenig kinderfreundliche Politik zurückzuführende niedrige Geburtenrate die Hauptursache für den demographischen Wandel ist, der unsere Sozialsysteme bedroht.

Eine normative Grundlage, warum sich der Staat für ein bestimmtes Familienmodell stark machen sollte, erschließt sich uns nicht. Wozu der Staat seinen Beitrag in Form von geeigneten institutionellen Regelungen zu leisten hat, sind die Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen, die auf dem Territorium des Staates leben. Ganztägige Betreuungsangebote müssen künftig massiv ausgebaut werden. Auch die Möglichkeiten der flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit, also vermehrte Teilzeitangebote und vermehrte Möglichkeiten für Erziehungsjahre müssen geschaffen werden. Unser Land hat ein vitales Interesse sowohl am Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt als auch an Kindern, die eine glückliche Kindheit in einem kindgerechten Umfeld erleben. Dieses Interesse ist nicht nur ethischer, sondern auch ökonomischer Natur. Familienpolitik ist Wachstumspolitik.

Wir sprechen uns für eine Abschaffung des Ehegattensplittings aus, denn nicht Ehe und Hausfrauendasein sondern Kinder brauchen steuerliche Förderung.

Sozialpolitik ist auch Steuerpolitik

Die öffentlichen Haushalte sind in einer katastrophalen Verfassung. Der Bundeshaushalt und die Länderhaushalte haben die Maastrichter Kriterien zur Neuverschuldung in den letzten beiden Jahren nicht eingehalten und werden wahrscheinlich auch dieses Jahr über den zulässigen 3% liegen. In mehreren Ländern können die Haushalte kaum noch verfassungskonform gestaltet werden und in den Kommunen haben vielerorts die Kommunalaufsichten die Haushaltsführung übernommen.

Diese enorme Staatsverschuldung ist ungerecht. Zukünftige Generationen werden durch den Schuldenberg in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt. Außerdem lässt die zunehmende Staatsverschuldung die Kluft zwischen „arm“ und „reich“ immer größer werden. Denn NutznießerInnen der Zinszahlungen sind die GläubigerInnen des Staates, also Kreditinstitute, ihre GesellschafterInnen und AnlegerInnen. Die GJ Bayern unterstützt daher das Ziel der rot-grünen Bundesregierung, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren.

Ein reines Kaputtsparen, der völlige Verzicht auf dringende Zukunftsinvestitionen ist jedoch weder sozial noch generationengerecht. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Es gilt auch zu berücksichtigen, dass die enorme Staatsverschuldung zum Teil bewusst in Kauf genommen wurde: sie ist die Folge der jahrzehntelangen neoliberalen Politik der Steuersenkung. Die Versprechen der NutznießerInnen dieser Politik, z.B. mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wurden jedoch nicht eingehalten.

Diese Entwicklung bestätigt auch der erste Armuts- und Reichtumsbericht: eine Umverteilung von oben nach unten hat nie stattgefunden. Im Gegenteil: die Kluft zwischen arm und reich ist in den letzten Jahren weiter gewachsen. Somit steht der öffentlichen Armut ein nie da gewesener privater Reichtum einiger Weniger entgegen.

Die GJ Bayern fordert daher die rot-grüne Bundesregierung auf, eine grundlegende Kurskorrektur in der Steuerpolitik vorzunehmen.

Sozialpolitik soll neben dem sozialen Frieden auch nachhaltig die Lebensqualität sichern. Aus unserer Sicht zeichnen sich in letzter Zeit gefährlich Tendenzen ab, die einen Rückfall in der deutschen Umweltpolitik befürchten lassen.

Hier gilt es dagegen zu halten: Ökonomisches Wachstum, das auf Raubbau an den Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen beruht ist nicht zu verantworten. Auch ist ein umweltschutzorientierter Umbau der Wirtschaft ist nicht per se wachstumsfeindlich. Im Gegenteil: Dringend notwendige Umbauprozesse frühzeitig einzuleiten ist sinnvoll, stärkt die Innovationskraft einer Volkswirtschaft und wird sich bald, wenn klassische Ressourcen wie die fossilen Energieträger zur Neige gehen, als Wettbewerbsvorteil entpuppen. Der Anteil der regenerativen Energien an der Gesamtmenge der produzierten Energie ist seit der Regierungsübernahme von rot-grün signifikant gestiegen, vor allem dank des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Das Steuervolumen darf nicht weiter sinken

Wir wollen einen handlungsfähigen und effektiven Staat, der auch in Bildung, Ökologie und Soziales investieren kann; zur Senkung der Lohnnebenkosten ist eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialsysteme notwendig. Gleichzeitig müssen die Haushalte aus Rücksicht auf die zukünftigen Generationen konsolidiert werden. Diese Anforderungen werden nicht alleine durch Umschichtungen innerhalb der Haushalte erfüllt werden können, Steuererhöhungen dürfen daher kein Tabu sein.

Die ökologische Steuerreform wurde nach der Neuauflage von rot-grün nicht weiterentwickelt. Dieses halten wir nicht nur umweltpolitisch, sondern auch beschäftigungs- und sozialpolitisch für falsch. Wir wollen die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform mit kontinuierlichen, nachvollziehbaren Erhöhungsschritten. Das schafft nachweisbar Arbeitsplätze und Innovationen, entlastet die Sozialkassen und schützt das Klima.

Steuersenkungen stoppen

Deutschland ist im europäischen Vergleich bereits ein Niedrigsteuerland. Dennoch hat die rot-grüne Bundesregierung die neoliberale Steuersenkungspolitik der Kohlregierung weitergeführt. So wird der Spitzensteuersatz in zwei Schritten von 53% (1998) auf 42% (2005) gesenkt. Auch die angekündigte pauschalierte Abgeltungssteuer stellt eine weitere Entlastung für Vermögende dar.

Weiterhin ist die Abschaffung sozial sinnloser und ökologisch kontraproduktiver Subventionen wie die für Eigenheimzulage, Pendlerpauschale, Dienstwagensteuererleichterungen und Kohlebergbau notwendig.

Wir fordern die Bundesregierung auf, hier für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, und die Finanzen von Bund, Länder und vor allem der Kommunen auf eine solide Grundlage zu stellen.

Es war richtig die Einkommenssteuern für kleine und mittlere Einkommen zu senken und verstärkt die unzähligen Steuerprivilegien abzubauen. Das schafft soziale Gerechtigkeit und baut das Gefühl der Ungerechtigkeit und Undurchschaubarkeit im aktuellen Steuerrecht ab. Insbesondere die Kapitaleinkünfte und die Vermögen wurden in den letzten Jahrzehnten massiv entlastet. Diese müssen zukünftig wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen werden: Die Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer muss erhöht werden. Außerdem fordern wir die Wiedererhebung der Vermögensteuer. Wir schlagen vor, die Vermögensteuer bei einem Satz von 1% und einen Freibetrag von 500.000€ einzuführen. Außerdem wollen wir einen erhöhten Mehrwertsteuersatz für Luxusgüter einführen.

Es kann nicht sein, dass große Unternehmen in Deutschland jahrelang keine Steuern zahlen. Hier bedarf es einer effektiven Reform der Unternehmenssteuern, mit dem Ziel Unternehmen wieder angemessen zu belasten. Dabei ist sinnvoll beschäftigungsfördernde Impulse zu setzen; die GJ Bayern fordert daher die Einbeziehung der Produktivität durch eine Wertschöpfungsabgabe.

Wir begrüßen die Erhöhung der Tabaksteuer und die Verwendung fürs Gesundheitssystem. Parallel dazu muss Cannabis endlich legalisiert werden, eine entsprechende Steuer kann ebenfalls zu einer Entlastung der GKV führen.

Der Weg zu einer ökologischen sozial gerechten Kreislaufwirtschaft

Je höher die wirtschaftliche Leistung der ganzen Menschheit ist, desto größer sind die Möglichkeiten allen Menschen einen hohen Lebensstandard zu erwirtschaften. Leider sind unserer heutigen Wirtschaft mit ihren derzeitigen Strukturen sehr enge Grenzen ihrer Möglichkeiten gesetzt. Um unsere Wirtschaft im Gang zu halten, verbrauchen wir derzeit in zweierlei Hinsicht die über Jahresmillionen entstandenen Vorräte unseres Planeten. Die Energie für unsere Wirtschaft liefern uns zum großen Teil fossile Brennstoffe und Uran. Beides ist aber nicht unbegrenzt vorhanden. Die Grenzen ihrer Verfügbarkeit sind schon in Sicht, die Grenzen ihrer Förderung schon heute zum Teil er-

reicht.

Gleichzeitig verbrauchen wir bei der Nutzung fossiler Brennstoffe und anderen Formen des Raubbaus immer mehr unseres Lebensraumes. Dieser Lebensraum ist aber auch sehr stark begrenzt.

Wenn wir unsere heutige Produktivität erhalten oder sogar noch steigern wollen, müssen wir endlich in einen sich selbst erhaltenden Wirtschaftskreislauf eintreten. Nur so können wir auf Dauer den Lebensstandard für eine immer größer werdende Zahl an Menschen sichern.

Die technischen Möglichkeiten für lange beständige Kreislaufwirtschaft sind schon heute vorhanden, oder zumindest in ihrer Entwicklung weit fortgeschritten. In den heute schon entwickelten Ländern müssen diese Techniken alle verdrängen, die uns nicht auf Dauer versorgen können, oder unseren immer knapper werdenden Lebensraum beschädigen. Bei der Entwicklung der ärmeren Länder und der Schwellenländer muss schon heute darauf geachtet werden, dass überholte Technik erst gar nicht zum Einsatz kommt. Wenn alle 1,3 Milliarden Menschen in China und 900 Millionen Menschen in Indien erst einmal die Fehler der westlichen Industrienationen wiederholen, sieht es düster aus für unsere Zukunft. Bei dieser Entwicklung brauchen diese Länder, nicht nur im eigenen Interesse, die Unterstützung derer, die es sich leisten können, eine solche Unterstützung zu gewährleisten.

Eine echte Kreislaufwirtschaft, die nie mehr Ressourcen verbraucht als im gleichen Zeitraum nachwachsen und die nie mehr Lebensraum zerstört, als gleichzeitig nachwächst, ist in der Lage ohne Folgen im Rahmen der technischen Möglichkeiten ständig zu wachsen, um den Wohlstand der Menschheit zu vermehren. Dann ist es nur noch eine Frage der Politik diesen Wohlstand gerecht zu verteilen. Bis 2050 müssen daher 100% unserer Energie aus rein regenerativen Quellen stammen. Das Erneuerbare Energiengesetz darf niemals eine Deckelung erfahren. Der Atomausstieg muss schneller als geplant weitergeführt werden. Die Ökosteuer muss konsequent weiter ausgebaut werden. Nur sie macht schädliche Energiegewinnung teurer, und gleichzeitig Arbeit billiger.

Globale „Sozialpolitik“

Nachhaltige Sozialpolitik muss auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus blicken. Es soll hier keiner naiven Politik des „Lasst uns die Entwicklungsstaaten mit Geld überschütten“ das Wort geredet werden.

Wichtig ist in unseren Augen, dass die Industrienationen gegen die Ursachen der Armut in den Entwicklungsländern – Kriege, korrupte Regime, unzuverlässige oder unterentwickelte staatliche Institutionen – angehen. Neben dem Transfer von Know-how braucht es deshalb auch die Unterstützung beim Aufbau von demokratisch-rechtsstaatlichen Strukturen.

Von zentraler Bedeutung ist aber vor allem, dass die reichen Wirtschaftsräume des Nordens (vor allem EU und NAFTA) ihre Märkte für Produkte aus sich entwickelnden Ländern öffnen, um diesen Export- und damit Entwicklungschancen zu geben. Notwendig ist ein Abbau von Schutzzöllen und Subventionen an einheimische Produzenten in den Industriestaaten.

Die Industrienationen müssen endlich ernsthaft anstreben, die einst vereinbarte Zielmarke von 0,7% des Bruttoinlandsprodukts als Mindestanteil der Entwicklungshilfe zu erreichen. Außerdem halten wir einen Schuldenerlass für die Least Developed Countries für notwendig.